



Bei einer Bildungsmesse führt die IHK Heilbronn Jugendliche an Technik heran. Doch nicht jedes Engagement der Kammer im Bildungsbereich ist unumstritten.

Foto: IHK

## „Kammerjäger“ machen immer öfter mobil

**Finanzstreit** Darf die IHK Verkehrs- und Bildungsprojekte finanzieren? Darum wird in Heilbronn und Ulm gerungen. Von Andreas Müller

Es ist ein David-gegen-Goliath-Prozess, der Anfang Mai vom Verwaltungsgericht Stuttgart stattfindet. Ein kleiner Versicherungsvertreter aus Heilbronn, Jürgen Pfalzer sein Name, klagt gegen die große Industrie- und Handelskammer (IHK) Heilbronn-Franken. Pfalzer will an einem exemplarischen Fall klären lassen, wofür die von Zwangsmitgliedern finanzierte Kammer Geld ausgeben darf – und wofür nicht.

Der Streitgegenstand sind 150 000 Euro, die die IHK zum Ausbau des Flugplatzes Niederstetten (Main-Tauber-Kreis) zuschießen will. So hat es die Vollversammlung mit großer Mehrheit beschlossen. Ohne die Investitionen von insgesamt 4,5 Millionen Euro, lautet die Begründung, seien Geschäftsflüge von dort nicht mehr möglich. Da die Wirtschaft ein großes Interesse an der weiteren Nutzung habe, helfe sie mit, die Finanzierungslücke zu schließen.

Der IHK-Kritiker Pfalzer hält den Ausbau dagegen für überflüssig. Siebzig Kilometer weiter, in Schwäbisch Hall, argumentiert er, gebe es ja schon den nächsten Flugplatz. Zudem profitiere keineswegs die gesamte Wirtschaft: Ein Großteil der Flüge in Niederstetten entfalle auf das frühere Unternehmen des Kammerpräsidenten. Das belege eine Statistik, die dem Verwaltungsgericht vorliege.

Der Entscheidung der Richter will die IHK ebenso wenig vorgreifen wie das für die Rechtsaufsicht zuständige Wirtschaftsministerium; deswegen halten sich beide auf Anfrage bedeckt. Ganz eindeutig scheinen die Dinge indes nicht zu liegen. In einer Stellungnahme gegenüber der Justiz bekundete das Ressort, es könne „eher von einer erlaubten Maßnahme ausgegangen werden“. Eher – das heißt wohl, man kann das auch anders sehen.

Das Gerangel um den Flugplatz ist nur einer von mehreren Fällen, die derzeit die Fachleute von Minister Ernst Pfister (FDP) beschäftigen. Man werde „in letzter Zeit in zunehmendem Maße“ mit Beschwerden konfrontiert, schrieb der zuständige Abteilungsleiter unlängst an alle

IHK-Hauptgeschäftsführer in Baden-Württemberg. Immer wieder protestierten Kammerangehörige oder kammerkritische Verbände gegen Ausgaben für Anlagen oder Einrichtungen, „die nicht unmittelbar der regionalen Wirtschaft dienen“. Also stellte der Spitzenbeamte erneut klar, was nach dem IHK-Gesetz zulässig und was nicht zulässig sei. Tenor: Je größer das Interesse der Wirtschaft, desto unproblematischer sei eine Förderung durch die Kammer.

Doch was theoretisch klar erscheint, ist in der Praxis zuweilen schwieriger zu beurteilen – auch für das Ministerium selbst. Seit Monaten steht ein zweites, noch größeres Engagement der IHK Heilbronn in der Diskussion. Für den neuen Campus der Hochschule Heilbronn will sie bis zu zehn Jahre lang jährlich 100 000 Euro bereitstellen, maximal also eine Million Euro. Die Region sei mit Studienplätzen im Landesvergleich weit unterversorgt, heißt es zur Begründung, aber die Wirtschaft brauche dringend Fach- und Führungskräfte.

Sechsstellige Beiträge für Flughäfen und Hochschule – für die im Bundesverband für freie Kammern (bfk) zusammengeschlossenen IHK-Kritiker war das zu viel. Beide Projekte seien Aufgaben des Staates, nicht der Kammern, sagt der bfk-Geschäftsführer Kai Boedinghaus. Die IHK-Beiträge könnten und dürften „nicht zur Zweitsteuer werden“. Mit einer Strafanzeige gegen den Präsidenten und den Hauptgeschäftsführer hatte der Verband indes keinen Erfolg: Der darin geäußerte Verdacht der Untreue sei „fernliegend“, befand die zuständige Staatsanwaltschaft in Heilbronn – eine Einschät-



„Unter Abwägung der verschiedenen Interessen ist das IHK-Engagement durchaus vertretbar.“

Richard Drautz, FDP-Staatssekretär

zung, die die Generalstaatsanwaltschaft später bestätigte. Es gebe keine Anhaltspunkte für ein „vorsätzliches Vermögensdelikt“. Die IHK selbst sprach empört von einer „Schmutzkampagne“.

Mehr Verständnis fanden die „Kammerjäger“ zunächst beim Wirtschaftsministerium. Im Januar äußerten sich Pfisters Fachleute noch skeptisch zum Zuschuss für die Hochschule: Es sei „nicht auszuschließen, dass die Höhe der Zuwendung zu einer Überschreitung der zulässigen Interessenwahrnehmung... führt“, schrieb der Abteilungsleiter. Eine Entscheidung könne „letztlich nur im Verwaltungsgerichtsweg herbeigeführt werden“. Die IHK-Oberen reagierten äußerst irritiert: Von einem „Schwabenstreich“ war die Rede, das Ministerium, hieß es, sei wohl nicht ganz im Bilde.

Im März beruhigten sich die Gemüter wieder. Da überbrachte Wirtschaftsstaatssekretär Richard Drautz (FDP) seinen Heilbronnern eine frohe Kunde. Die anfänglichen Bedenken gegen den Hochschulzuschuss hätten „inzwischen zurückgestellt“ werden können. Unter Abwägung der verschiedenen Interessen, so Drautz, sei das IHK-Engagement durchaus „vertretbar“. Einen Sinneswandel mag Pfisters Sprecher, trotz des gegensätzlichen Tenors der beiden Stellungnahmen, darin nicht erkennen: Man habe eben weitere Informationen eingeholt und die Sache neu bewertet.

„Völlig abwegig“ nennt der Sprecher den Reim, den sich die Kammerkritiker vom bfk auf die Wende machen. Einen „Hauch von Korruption“ meinte Verbandschef

### OPPOSITION FRAGT NACH DER ROLLE VON RICHARD DRAUTZ

**Anfragen SPD und Grüne** haben den IHK-Zuschuss für die Hochschule Heilbronn inzwischen in Landtagsanfragen aufgegriffen. Die Grünen erkundigen sich vor allem nach der Rolle von Wirtschaftsstaatssekretär Richard Drautz (FDP). Ihre Abgeordnete Edith Sitzmann will zum einen wissen, warum und auf welchem Weg Drautz „zu einer anderen Bewertung gekommen ist als die zuständige Fachabteilung“.

**Grüne** Zum anderen fragt Sitzmann nach möglichen Interessenkonflikten. Sie will wissen, welche Aufträge das Weingut Drautz-Able – es wird inzwischen von Frau und Sohn des Staatssekretärs geführt – in den Jahren 2006 bis 2009 von der IHK Heilbronn erhalten hat und welches Volumen diese umfassten. Begründung: Bei der Ausübung der Rechtsaufsicht über die IHK sei Drautz womöglich befangen.

**SPD** Die Anfrage der SPD ist allgemeiner gefasst: Sie verlangt Auskunft darüber, in welchem Umfang sich die Wirtschaft am Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ beteiligt. Im Einzelnen fragt der Abgeordnete Martin Rivoir, ob die Regierung das Engagement der IHKs für rechtskonform hält und ob die Kammern beziehungsweise Unternehmen ihre Aufwendungen von der Steuer absetzen können. mal

Boedinghaus zu wittern, weil zwischen der IHK und dem Weingut der Familie Drautz Geschäftsbeziehungen bestünden: Im Jahr 2008 etwa orderte die Kammer dort für 8000 Euro Weinpräsente zu Weihnachten. Man beziehe Wein von verschiedenen Lieferanten, darunter auch von den Drautzens, sagt ein IHK-Sprecher. Mit Korruption habe das „herzlich wenig zu tun“. Trotzdem erschien das böse Wort in mehreren Leserkommentaren der Lokalzeitung.

Inzwischen muss sich das Wirtschaftsministerium auch mit Beschwerden gegen die IHK Ulm befassen. Nach dem zunächst „deutlichen Stopp-Signal“ in Heilbronn wittern Kammerkritiker auch dort eine „systematische Aufgabenüberschreitung“. Ins Visier nehmen sie einen Bildungsfonds in siebenstelliger Höhe und sechsstelligen Zuschüsse für Straßenplanungen. Beide Engagements sind für den Hauptgeschäftsführer Otto Sälzle „ganz klar“ zulässig; Bildung und Infrastruktur seien für die Wirtschaft schließlich von zentraler Bedeutung. Pfisters Aufseher halten sich da noch zurück: Man sei „derzeit mit Recherchen... befasst“ und könne erst danach eine Beurteilung abgeben. Auch dieser Streit könnte vor Gericht landen: Laut bfk erwägen mindestens zwei Kammermitglieder, gegen den Beitragsbescheid zu klagen.

Vielleicht muss sich die Justiz, wie vom Ministerium beinahe angeregt, auch noch mit dem Flugplatz Niederstetten beschäftigen. Wenn sich keine anderen Kläger finden, erwägt der Heilbronner IHK-Kritiker Pfalzer, gegen den Zuschuss ebenfalls gerichtlich vorzugehen.